



Pressemitteilung

Migration ordnen und steuern: Hartmann-Müller mit CDU-Fraktionsspitze an der Grenze

Nach einer witterungsbedingten Stagnation nimmt die irreguläre Migration am Hochrhein wieder stark zu. Viele Kommunen entlang der Grenze stoßen bei der Aufnahme bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen. Außerdem fehlt ein echtes Konzept der Bundesregierung für eine wirksame Steuerung und Begrenzung. Um sich ein Langebild zu machen und klare Forderungen an die Ampel zu adressieren, ist die CDU-Politikerin Sabine Hartmann-Müller mit Spitzenvertretern ihrer Fraktion an den Basler Bahnhof gereist, der sich zu einem echten Hotspot entwickelt hat. Ihre klare Botschaft: Migration ordnen, steuern und vor allem erfassen.

Waldshut-Tiengen, 17.04.2023

Sabine Hartmann-Müller MdL
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
Telefon: +49 711 2063 961
sabine.hartmann-mueller@
cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Hauptstraße 18
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: +49 7741 83 52 605
Telefax: +49 7741 83 52 631
sabine.hartmann-mueller.wk@
cdu.landtag-bw.de



Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden der Landtags-CDU, Manuel Hagel, Staatssekretär Siegfried Lorek und parlamentarischen Geschäftsführer Andreas Deuschle (alle CDU) hat die Rheinfelder Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller am vergangenen Freitag klare Forderungen an die Bundesregierung gerichtet. „Eine humanitäre Flüchtlingspolitik gelingt nur dann, wenn Migration planvoll organisiert, geordnet und vor allem erfasst wird. Das Migrationsmanagement der Ampel grenzt dagegen an kollektive Arbeitsverweigerung. Statt ständig neuer PR-Gipfel brauchen wir zügiger Verfahren, weitere Kompetenzen für die Bundespolizei und mehr Unterstützung für die Kommunen“, findet Sabine Hartmann-Müller.

Dass die Bundesregierung nichts aus der Flüchtlingskrise 2015/16 gelernt habe, findet auch CDU-Fraktionschef Manuel Hagel, der mit Hartmann-Müller und weiteren Vertretern der Fraktionsspitze nach Basel gereist war. „Die Bundesinnenministerin will nicht begrenzen, sie will nicht bezahlen und sie will nicht abschieben. Man kann nur hoffen, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten im Mai den Druck auf den Kanzler so erhöhen, dass die Bremsen endlich gelöst werden“, sagte Hagel.

Mehr Rückdeckung forderten die CDU-Politiker auch für die grenznahen Kommunen, wie sie beim anschließenden Fachgespräch mit Verantwortlichen vor Ort deutlich machten. „Der hohe Aufnahmebedarf verstärkt den Wohnraum-mangel am Hochrhein, der durch die Nähe zur Schweiz oh-

nehin schon sehr hoch ist. Dabei stoßen immer mehr Kommunen an ihre Kapazitätsgrenzen. Neben zusätzlichen Bundesmitteln für die Kreise und Gemeinden brauchen wir aber auch zügigere Verfahren, um hier Entlastung zu schaffen“, sagte Hartmann-Müller. Großes Potenzial sieht sie in einer Beschleunigung der aufwändigen Altersfeststellung: „Wir brauchen mehr Tempo bei der Altersfeststellung. Das ist auch im Sinne der vielen unbegleiteten Minderjährigen (UMA). Denn es ist absolut inakzeptabel, wenn sich offenkundig ältere Männer durch falsche Angaben Zugang zu den Unterbringungen für UMAs erschleichen!“

Auch Manuel Hagel kritisierte die Bundesregierung scharf: „Bundesinnenministerin Faeser darf die Hilferufe aus den Ländern und Kommunen nicht länger ignorieren. Ihre Aussage ‚es gibt keine Migrationskrise‘ muss auf unseren ehrenamtlichen Helfer und Kommunalen wie blanker Hohn wirken. Sie spiegelt auch die Realitäten bei den Erstaufnahmestellen, bei der Entwicklung der Zahlen von unbegleiteten Minderjährigen und den steigenden Zahlen an illegalen Grenzübertritten in keiner Weise wider. Entweder herrscht in Berlin Realitätsverlust oder diese Missachtung ist volle Absicht.“